

Zur Lage der Partei

Neben anderen hatte der Karl-Liebknecht-Kreis in der **LINKEN** Brandenburg für den 18. Dezember 2022 zu einem Austausch über die Lage der Partei eingeladen.

Nach dem Erfurter Bundesparteitag hatte sich die existenzielle Krise der **LINKEN** weiter verschärft. Der von der neuen Parteiführung vertretene politische Kurs der Trennung der sozialen Frage von der Friedensfrage ist verderblich und hat versagt.

Die Kritik an den Sanktionen und am Wirtschaftskrieg wurde vollkommen ausgeklammert. Die Beschränkung auf die (richtige) Ablehnung der sozialen Folgen des Krieges und der Sanktionen, die in einen „Heißen Herbst“ münden sollte, ist gescheitert. Der **LINKEN** kann es nicht nur um eine andere („gerechte“?) Form der Kriegsfinanzierung gehen, sie muss gegen den Krieg stehen.

Der auf dem Juni-Parteitag in Erfurt deutlich gewordene Ausgrenzungsprozess wurde weiter fortgeführt. Eine verfehlte Politik wird durch vorgeschobene personelle Auseinandersetzungen verkleistert.

Dieser Ausgrenzungsprozess ist verbunden mit dem Versuch der Veränderung der Positionen des Erfurter Programms, vor allem in der Friedenspolitik, aber auch substantiell bei der Einordnung des deutschen Kapitalismus und des Imperialismus.

In einer solchen Situation war es dringend notwendig, dass sich Genossinnen und Genossen (auch bereits Ausgetretene) austauschen, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind.

Im Ergebnis dieses Austausches kann ich für den Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg feststellen:

1. Der Austausch hatte einen beeindruckenden Erfolg. Über 350 aktive und ehemalige Mitglieder der Partei waren der Einladung gefolgt.
2. Die Probleme der Partei ergeben sich nicht aus einer diffusen „Vielstimmigkeit“, sondern aus den Differenzen, die durch die Missachtung des Erfurter Parteiprogramms in der Politik mehrerer aufeinanderfolgender Parteivorstände erzeugt wurden.
Die aktuellen Versuche, dieses Programm zu „modernisieren“, stehen für den Bruch des Gründungskonsens der **LINKEN**. Im Ergebnis drohen auch Strukturen innerhalb der Partei zu implodieren. Dieser Prozess ist schon weit fortgeschritten und Mitglieder, die über Jahre die Parteiarbeit wesentlich getragen haben, verlassen deshalb die Partei.
3. Nicht wir geben die Partei auf, sondern jene, die am antikapitalistischen und am Friedensprofil der **LINKEN** unter dem Vorwand seiner Modernisierung rütteln.
4. Es bestand große Übereinstimmung darin, dass der antikapitalistische Charakter der Partei wieder sichtbar werden muss, dass ihre Friedenspolitik nicht relativiert werden darf. Das entspricht auch der Position des Ältestenrates der Partei in seinem Beschluss vom 15. Dezember 2022 und dafür hat sich auch der Karl-Liebknecht-Kreis gegründet.
Nur eine solche LINKE wird in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland gebraucht. Mit diesem Ziel kämpfen wir um die Partei.

Artur Pech

Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises in DER **LINKEN** Brandenburg

Mitglied des Ältestenrates